

## **A n t r a g**

**der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Stärkung mittelständischer, verbrauchernaher Herstellungs- und Vermarktungsstrukturen im Getränkebereich – Einführung eines Pfandes auf Getränkedosen und Einwegflaschen – keine Pfandregelung für Weinflaschen**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ihren eigenen Antrag zur Änderung der Verpackungsverordnung im Bundesrat zurückzuziehen

und stattdessen

2. der vom Bundestag am 18. Mai 2001 verabschiedeten „Zweiten Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung“, die ein Pfand auf Getränkedosen und Einwegflaschen vorsieht, im Bundesrat zuzustimmen.

Begründung:

Der am 23. April 2001 vorgelegte Entwurf der „Zweiten Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung“ durch die Bundesregierung, der am 18. Mai 2001 im Bundestag verabschiedet wurde, sieht einen besonderen Schutz für ökologisch vorteilhafte Getränkeverpackungen vor. Er gibt einer klaren und eindeutigen Regelung den Vorzug, die eine unmittelbare Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen unabhängig vom Unterschreiten starrer Quoten einführt.

Wein ist von der Pfandpflicht ausgenommen, da in diesem Bereich angesichts der strukturellen Besonderheiten des Weinmarkts eine entsprechende ökologische Lenkungswirkung nicht zu erwarten ist.

Diese Veränderung der Systematik der Verpackungsverordnung, wie sie vom Bundestag verabschiedet wurde, macht den rheinland-pfälzischen Antrag im Bundesrat überflüssig und stellt im rechtlichen wie abfallpolitischen Sinne eine elegantere Lösung zur Verfügung. Demgegenüber würde der rheinland-pfälzische Vorschlag eine umstrittene starre Mindestgrenze der Abfüllung von Getränken in Mehrwegverpackungen von 23 Mrd. Litern jährlich vorsehen bei völliger Freigabe der darüber hinausgehenden Abfüllmengen in ökologisch nachteiligen Einwegverpackungen. Dieser Effekt ginge insbesondere zu Lasten kleiner und mittelständischer, regionaler Getränkeabfüller und -vermarkter mit kurzen Transportwegen im Mehrwegpool. Demgegenüber werden mit der vom Bundestag verabschiedeten Novelle in ökonomisch wie ökologisch sinnvoller Weise die kleinen und mittelständischen, regionalen Getränkeabfüll- und -vermarktungsstrukturen gestärkt, ohne dass mit Verboten oder starren Quoten in das Marktgeschäft eingegriffen wird.

Für die Fraktion:  
Dr. Bernhard Braun